

Al-Akhbar, unabhängige mauretische Nachrichtenagentur

11.10.2008

Das Guantanamo Mauretaniens: Erzwungener Transit für gescheiterte Migranten

Einst war das Gebäude eine Schule. Dann wurde es renoviert, umgerüstet und mit spanischen Geldern in das "Guantanamo Mauretaniens" umgewandelt. Dort müssen nun die klandestinen Migranten, die das meiste Pech haben, die Zeit zwischen ihrer Festnahme in Nouadhibou und der Abschiebung in ihre Herkunftsländer verbringen. Sie mögen dort eine kurze oder eine lange Zeit verweilen - es bleibt nur ein Transit. Die Wände der Zellen erzählen Kapitel aus der Geschichte des Scheiterns bei dem Versuch, das europäische Paradies zu erreichen: Gedichtzeilen, Schmähungen, Flüche und die Drohung wiederzukommen. Außerdem gibt es an den Wänden Zeichnungen und Malereien, die vom "verlorenen Paradies" inspiriert sind. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass diese Zeichnungen Schiffe auf der Reise nach Norden zeigen. Die klandestinen Migranten haben begonnen, diese Reise mittels literarischer Phantasie auszuleben, ungeachtet der verschärften Sicherheitskontrollen und Abschiebemaßnahmen, bei denen es eine regionale fieberhafte Koordination gibt.

Der Name "Guantanamo", der zur Genüge negative Assoziationen mit sich bringt, ist schließlich auf mauretischem Boden angekommen, nachdem die Mauretanier zuvor fortwährend und mit Nachdruck die Freilassung dreier ihrer Landsleute gefordert haben, die im kubanischen Guantanamo sitzen.

"Al-Akhbar" gewährt einen Blick in das Innere der Einrichtung in Nouadhibou, in dem die klandestinen Migranten festgehalten werden, bzw. das Innere des "Guantanamo Mauretaniens", wie Medien und Menschenrechtsorganisationen es mittlerweile nennen. Sie stützen sich dabei auf die Beobachtungen des Journalisten *Luis de Vega* von der spanischen Tageszeitung *ABC*.

"Es ist kein Gefängnis. Es ist aber auch kein Hotel..!"

"Es handelt sich hier nicht um ein Gefängnis wie Guantanamo", absolut nicht, bekräftigt Ahmed Ould Alih, Direktor der Sicherheitsbehörde, aber: "Es handelt sich nicht um ein Gefängnis. Es handelt sich aber auch nicht um ein angenehmes Hotel". Die Dinge sind gewiss nicht ideal, aber die Prinzipien der Menschenrechte werden hier respektiert", so der Direktor.

In dem Gefängnis mussten sich jeweils 36 Migranten, inmitten drückender Hitze, in einen Raum von 10 mal 5 Metern drängen, und zwar auf gebrauchten Betten, die die spanische Armee 2006 gespendet hatte, als man das Gefangenenlager ausstattete. Und die Betten stellen die einzige Ausstattung des Zimmers dar, abgesehen von der Tafel, die einmal dem Schulunterricht diene.

Die Zimmerwände sind voll von verschiedenen Zeichnungen und Texten: Botschaften darüber, welche Menschen wann dort waren, und Aussagen über verschiedene Gefühle der Migranten. Wer die Zimmer betritt, wird jedoch am meisten von den zahlreichen Zeichnungen von Schiffen berührt, die Richtung Spanien fahren. Es ist eine Praxis der Phantasie, des Traums von der Reise, an deren Beendigung die Migranten gehindert wurden.

Auf den Fußböden der Zimmer liegen noch die Reste des "letzten Abendessens" der Migranten, bevor sie abgeschoben werden. Denn das Haftzentrum hat seit einer Woche einen Termin zur

**die Wendung "dies ist kein Hotel" scheint beliebt bei BehördenvertreterInnen, die EinwanderInnen unter inhumanen Bedingungen wohnen lassen bzw. einsperren. Es ist mehrfach überliefert, dass auch Bedienstete des AsylbewerberInnenlagers ZAAB Blankenburg (bei Oldenburg) bei Beschwerden von BewohnerInnen über miserables Essen, überfüllte Zimmer etc. mit dieser Äußerung reagierten. Zum Lager Blankenburg vgl. <http://nolager.de/blog/node/459>; Anm. d. Übers.*

Abschiebung eines Schwungs klandestiner Migranten in ihre Herkunftsländer. Die Behörden beharren darauf, sie hätten bei der Durchführung der Ausweisung "nichts zu verbergen", und so haben sie Journalisten gestattet, sie zu beobachten. Es waren etwa hundert Personen, 66 aus Mali und dem Senegal, die übrigen aus Ghana, Gambia, Guinea, Liberia und der Elfenbeinküste. Die mauretanischen Behörden sind entschlossen, sie aus Nouadhibou bis an die Grenzen des Senegal und Malis abzuschieben.

"Eine beschwerliche Reise"

Mit dem Einbruch der Dunkelheit lädt man die Migranten aus den Staaten südlich der Sahara in klapprige Kleinbusse, die aufgereiht im Hof des Haftzentrums stehen. Die Prozedur vollzieht sich in Anwesenheit eines Vertreters des mauretanischen Roten Halbmonds. Er ist dort, "um darüber zu wachen, dass die Menschenrechte respektiert werden", sagt er. Die Migranten sind indes anderer Meinung. Sie versichern, man habe ihnen ihre Ausweispapiere weggenommen.

Der Konvoi fährt mitten in der Nacht los, in einer Staubwolke, durch die das Licht der Busscheinwerfer bricht. Zwei Busse fahren in Richtung der senegalesischen Grenze, die Fahrt dauert 12 Stunden. Die übrigen Busse des Konvois fahren einen ganzen Tag lang, bis sie an der Grenze zu Mali ankommen. Dies ist jedoch nicht zu vergleichen mit der beschwerlichen Reise, von der die Migranten geträumt haben: vier Tage Seefahrt, die sie, wenn alles glatt läuft, zu den Kanarischen Inseln bringen würden.

Einige singen während der Fahrt, während andere ihre feste Absicht kundtun, so schnell wie möglich nach Nouadhibou zurückzukommen. Der Konvoi wird bei seiner Tour von einer Gruppe Polizisten bewacht. "Es gibt nur selten Probleme unterwegs, eigentlich so gut wie nie. Denn sie verstehen, dass die Dinge so ablaufen müssen", versichert Mouloud, einer der Polizisten, die die Prozedur überwachen.

Trotz der strengen Abschiebemaßnahmen und der langen Fahrt kehren einige der abgeschobenen Migranten nach Nouadhibou zurück, und zwar noch vor den Polizisten, die sie begleiteten, erzählen Einheimische.

Kritik von Menschenrechtsgruppen

Amnesty international hatte bereits in einem im Juli veröffentlichten Bericht darüber geklagt, dass es in Mauretanien zu "Misshandlungen der illegalen Migranten" komme. Die Organisation kritisierte die - nach ihren Worten - "gruppenweise Abschiebung der Migranten aus Mauretanien in Länder, die nicht unbedingt ihre Herkunftsländer sind." Dies geschehe, so *amnesty international*, unter dem Druck der europäischen Staaten, die die westafrikanischen Länder zu Grenzwächtern für die Europäer gemacht hätten.

Wie die Menschenrechtsorganisation weiter mitteilte, hat Mauretanien seit 2006 tausende Migranten unter dem Vorwurf festgenommen, aus Mauretanien über die Kanarischen Inseln nach Europa ausreisen zu wollen. Dabei werden viele von ihnen von den Sicherheitskräften in Nouadhibou in dem Arrestzentrum in Haft genommen, welches von den Einheimischen "Klein-Guantanamo" genannt wird, so die Organisation weiter. *Amnesty* hat an dem Gefangenenlager, das pro Monat 300 Gefangene aufnimmt, kritisiert, dass es "keinerlei Rechtsaufsicht untersteht, überfüllt ist und dass die dort Festgehaltenen bisweilen Misshandlungen ausgesetzt sind."

Wie *amnesty international* in einem ausführlichen Bericht mit dem Titel "*Mauretanien: Niemand will uns... Gruppenabschiebungen von Europas illegalen Migranten*" schrieb, "sind die Inhaftierungs- und Abschiebemaßnahmen das Ergebnis des Drucks, den die Europäische Union und insbesondere Spanien im Rahmen des Kriegs gegen die illegale Migration ausüben."

In dem Bericht forderte *amnesty international* von den mauretanischen Behörden, darauf hinzuwirken, dass "ihre Sicherheitskräfte" die Migranten so behandeln, dass sie dabei "das internationale Recht respektieren." Ebenso forderte die Organisation Spanien auf, "darauf zu achten, dass die Migranten gemäß der internationalen Menschenrechtsstandards behandelt werden."

In spanischen Medien hieß es unterdessen, Spanien hätte seine Position gegenüber den neuen Herrschern Mauretaniens "aufgeweicht", weil es gezwungen sei, mit den mauretanischen Behörden

beim Krieg gegen die klandestine Migration zusammenzuarbeiten.

Mauretanien hatte 2003 ein Abkommen mit Spanien unterschrieben, mit dem es sich verpflichtet, afrikanische Staatsbürger, die über die mauretanische Küste Spanien zu erreichen suchen. Außerdem gestattet Mauretanien kraft des Abkommens den Spaniern eine begrenzte Präsenz ihrer Sicherheitskräfte auf mauretanischem Territorium. So soll es den Europäern durch eine Überwachungstruppe, die auch über Flugzeuge verfügt, ermöglicht werden, frühzeitig Kenntnis über die Boote mit klandestinen Migranten an Bord zu erlangen und diese aufzuhalten.

Quelle: abc.es und Archivmaterial von Al-Akhbar

Übersetzung durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg